

## Gewaltige Aufgaben.

Der Ministerpräsident hat die Verhandlungen mit den Parteien des Abgeordnetenhauses aufgenommen. Ein erster Schritt soll also gemacht werden, der den Schluß gestattet, daß das verfassungsmäßige Leben in Oesterreich wieder aufgenommen werden soll. Man ist gezwungen, sich mit solcher Vorsicht auszusprechen, denn die Anwendung des § 14 unmittelbar vor der geplanten Wiedereinsetzung der Volksvertretung in ihre Rechte nötigt zur Vorsicht. Wir wollen trotzdem keinem Zweifel Raum gewähren und in die Festigkeit der verfassungsmäßigen Absichten der Regierung das geeignete Vertrauen setzen. Volle Zuversicht hegen wir in den geläuterten Willen der politischen und nationalen Parteien, eine bevorstehende Tagung des Parlaments fruchtbar zu gestalten. Parteien unterliegen dem Einfluß des Volkswillens und also können sie heute, selbst wenn sie durch die erdrückenden Tatsachen dreier parlamentsloser Jahre innerlich nicht befehrt wären, sobald sie nur auf der wieder aufgerichteten Tribüne und in voller öffentlicher Verantwortlichkeit werden handeln müssen, gar nicht anders als an den dringenden Aufgaben des Tages mitarbeiten.

Nicht wenig ist wahrhaftig zu tun. Zunächst erfordert die Inangabe des parlamentarischen Apparats schwere Arbeit. Das Haus ist neu zu konstituieren, die Geschäftsordnung ist sicherzustellen. Alle Ausschüsse sind neu zu bestellen und die wichtigsten Vorlagen sind so weit zu führen, daß sie den Ausschüssen zur Bearbeitung zugewiesen werden. Das gilt in erster Linie vom Staatshaushaltsausschuß, der vier Voranschläge und vier Schluprechnungen zu beraten haben wird. Die staatsfinanziellen Maßnahmen der Kriegszeit allein erfordern ernste, reifliche Prüfung. Nicht geringere Arbeit wird der Steuerauschuß zu leisten haben, der zunächst die schon erlassenen Kriegsteuern nachzuprüfen und sodann zu erwartende neue Steuervorlagen zu behandeln haben wird. Es gibt wohl keinen Staatsbürger, wie sehr er auch sonst chauvinistisch verbohrt wäre, der nicht wünschen müßte, daß bei diesen Gegenständen seine Vertretung mitwirke und ungestört verhandeln könne.

Das allerlebhafteste Bedürfnis empfinden die Volksmassen, daß die Fragen der Volksernährung endlich vor und von ihren berufenen, selbstbestellten Anwälten verhandelt werden. Der Wunsch nach einer ausflärenden Kritik dessen, was geschehen, und noch mehr dessen, was unterlassen worden ist, wird dabei durch die Sorge um das Morgen und durch das Verlangen zurückgedrängt, selbst zu helfen, zu verbessern und die Zukunft sicherzustellen. Immer deutlicher wird die Empfindung, daß die Kriegswirtschaft die normale Versorgung allmählich so sehr beeinträchtigen mußte, daß auf geraume Zeit hinaus auch noch im Frieden die Ernährungsfrage vorwalten wird. Die Verfügung über den Neuanbau und die neue Ernte sollte doch wohl schon der Volksvertretung selbst vorbehalten sein!

An die Ernährungsfrage schließt sich organisch die Ordnung der Kriegs- und der Uebergangswirtschaft. Der größten Anstrengungen sowohl der Gesetzgebung wie der Verwaltung wird es bedürfen, die heimische Volkswirtschaft aus dem Kriegszustand in den Friedenszustand überzuleiten. Auf den Gebieten der Produktion, des Handels und des Kredits, der Wirtschafts- wie der Sozialpolitik sind Aufgaben zu bewältigen, gegen die die parlamentarische Arbeit ganzer Jahrzehnte ein Kinderspiel scheint. Der gesamte heimische Boden ist zu verjüngen, die ganze Maschinerie zu erneuern, Hilfsstoffe in unanschätzbaren Mengen sind beizustellen, die industriellen Rohstoffe, die völlig aufgebraucht sein werden, sind binnen kürzester Frist einzuführen und viele Millionen arbeitskräftiger Männer, die heute außerhalb der Wirtschaft stehen, sind an Pflug, Schraubstock und Wertisch zurückzuführen. Es ist nicht viel anders, als wenn ein Millionenvolk von der Wanderschaft käme, sich eben niederließe und sich seine Wirtschaft erst neu begründete! Diese Niederlassung ist zu regeln und zu ordnen, es sind Heimstatt und Werkstätte, Arbeitsstoffe, Arbeitsmittel, Absatz und Nahrung sicherzustellen.

Dazu kommen die vorläufig unabsehbaren Be-

versorgungspflichten des Gemeinwesens, über die wir im einzelnen nicht sprechen müssen.

Es gibt keinen Staatsbürger von halbwegs gesunden Sinnen, der nicht wünschen müßte, daß alle diese Maßregeln getroffen werden unter der ständigen, geordneten und unge störten Mitarbeit seines Vertreters, der nicht genau wüßte, daß sie ohne die Mitwirkung der Volksvertretung gar nicht zweckmäßig gelöst werden können, weil die Bürokratie für Aufgaben solcher Art und solchen Umfangs nicht einmal vorgeschult ist.

Der Wiederaufbau der Volkswirtschaft und die Wiederherstellung des Volkskörpers sind undurchführbar ohne die Neuordnung der Staatswirtschaft. Eine Steuerreform ist zu vollbringen, gegen die alle vorangegangenen Finanzreformen winzig und schwächlich waren wie Kinderspielzeug. Eine solche Finanzreform enthält vor allem die Pflicht, die Steuerlast gleichmäßig und gerecht auf alle Schultern aufzuteilen und so zu gestalten, daß unter ihrem Druck die wirtschaftliche Tatkraft nicht erliche oder verkümmere. Der Umfang, die Allmacht, die Allgegenwärtigkeit der Staatswirtschaft wird die Privatwirtschaft des einzelnen umfassen, durchdringen und gleichsam zum bloßen Teil von sich machen. Kein Bürger kann wollen, daß er bei dieser Einverleibung in die Staatswirtschaft ungehört bleibe.

Das Volk braucht nur zu wissen, worum es sich handelt, das Parlament braucht sich nur selbst beisammen und vor seine Aufgaben gestellt zu sehen, und die Volksvertretung wird bestehen. Es ist wahrhaftig kein Grund vorhanden, allzuviel auf Vorbereitungen zu geben. In der vertraulichen Konferenzkammer sind die Parteiführer viel zu sehr mit sich allein, viel zu sehr ihren Erinnerungen, ihren alten Fehlern und Täuschungen preisgegeben. Auf der Tribüne des Parlaments wird ihnen die Öffentlichkeit selbst, der Widerhall ihrer Stimme die richtige Distanz zu den Dingen verleihen. Schon jetzt merkt man ihrem Gehaben die Sticlust der Konventikeln an, sie verfehlt sie in Rücksälle, so daß sie in der altgewohnten Umgebung allmählich wieder versucht werden, das alte leere Stroh zu dreschen. Sie drohen sich in die ausgefahrenen Gedankenbahnen wieder zu verlieren und zu vergessen, daß vor allen Dingen einmal ein baldiges erträgliches Kriegsende und im Frieden sogleich für die Millionen Brot und Arbeit zu sichern ist. Die stärkste Sicherung des Parlaments ist, daß es nur endlich einmal tagt.

Sobald es in die Verhandlungen eingetreten ist, wird es vor Arbeitsfülle kaum dazukommen, an sich selbst zu experimentieren. Kommen doch noch zu den schon erwähnten Aufgaben die besonderen Pflichten, die aus der Eigenart unserer Staatlichkeit erwachsen: der Ausgleich mit Ungarn und auf dessen Grundlage die Vertragsverhandlungen mit dem Ausland! All das ist befristet, all das soll mit dem 31. Dezember 1917 geordnet sein! Die Laster des Müßigganges können diese Volksvertretung nicht befallen, wenn sie nur halbwegs zur Arbeit angeleitet, wenn sie verständig geführt ist. Diese Führung allerdings ist Sache der Regierung, ihre Kunst und ihre Pflicht. Die ganze Bevölkerung achtet diesesmal auf die näheren Umstände und wird genau zu beurteilen wissen, auf wessen Schuldkonto ein neuerliches Versagen zu buchen wäre.